

Recht auf Nahrung

Die Erfolge der „Grünen Revolution“ seit den siebziger Jahren gaben Grund zur Hoffnung, das Problem des Hungers, schon seit biblischen Zeiten eine der großen Geißeln der Menschheit, mit etwas gutem Willen endgültig lösen zu können. Dieser Optimismus hat sich als verfrüht herausgestellt, nicht nur weil es noch immer 800 Millionen Menschen mit ernststen Ernährungsproblemen gibt, obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, sondern auch weil die Weltvorräte an Getreide (Weizen, Reis, Mais) schrumpfen, was längerfristig zu Engpässen führen könnte.

Aus diesem Grund kommt der Welternährungsgipfel vom 13. bis 17. November 1996 in Rom, dem Sitz der Welternährungsorganisation FAO, zum richtigen Zeitpunkt. Bei allen geplanten Erklärungen und Aktionsplänen geht es letztlich um das Menschenrecht auf Nahrung, denn eine quantitativ wie qualitativ ausreichende Ernährung ist das fundamentalste Grundbedürfnis. Hunger wie auch Unter- und Fehlernährung gefährden das Überleben, auf jeden Fall aber die physische und geistige Gesundheit, ohne die Menschen nicht lernen, produktiv arbeiten und aktiv am sozialen Leben teilnehmen können. Hunger ist daher auch eine wichtige Ursache von Armut und Unterentwicklung. Aus ethischen Gründen darf Hunger darum auch nie als politische Waffe benutzt werden.

Die gegenwärtigen Probleme haben vielfältige Gründe, wie etwa Vernachlässigung der Landwirtschaft, verfehlte Agrarpolitik oder Zerstörung natürlicher Ressourcen. Sie sind aber auch Folge struktureller Widersprüche. So stehen viele Entwicklungsländer vor dem Dilemma, daß politisch verfügte niedrige Nahrungsmittelpreise zwar im Interesse der Armen mit wenig Kaufkraft liegen, aber bäuerlichen Betrieben den Anreiz zur Produktion über den Subsistenzbedarf hinaus nehmen, da sie oft nicht einmal kostendeckend sind. Umgekehrt fördert die Liberalisierung der Weltagarmärkte zwar die Produktion, gefährdet aber zumindest in einer Übergangsphase die Versorgung von Ländern, die Nahrungsmittel importieren müssen, wenn sie nicht anderweitig einen Ausgleich erhalten.

Verschärft werden diese Probleme durch internationale Strukturen, die es etwa den Industrieländern erlauben, durch ihren Agrarprotektionismus und hochsubventionierte Agrarexporte die Weltmarktpreise zu drücken. Ähnlich negativ wirkt sich eine nicht auf Notlagen beschränkte Nahrungsmittelhilfe aus. Die Schuldenlast vieler Entwicklungsländer mit dem Zwang, um jeden Preis Devisen zu erwirtschaften, führt überdies nicht selten dazu, daß sie agrarischen Exportkulturen Vorrang vor dem Anbau von Nahrungsmitteln und dem Erhalt der Umwelt geben. In gewissem Umfang tragen auch Konsumgewohnheiten im kaufkräf-

tigen Norden zu diesen Problemen bei, so wenn Futtermittelimporte für den hohen Fleischkonsum zu Lasten des Getreideanbaus im Süden gehen.

Das Recht auf Nahrung erfordert politische Maßnahmen für eine nachhaltige Nahrungssicherung für alle Menschen. Dies setzt auf der Angebotsseite ausreichende Produktion und genügend Vorräte für Notfälle (Mißernten, Kriege) voraus, und zwar für eine jährlich um 90 Millionen wachsende Weltbevölkerung. Dieses Ziel ist, zumal in Mangelländern, nur mit einer Agrarpolitik erreichbar, die das Eigenpotential und die ökonomische Initiative der Bauern fördert, vor allem durch eine möglichst marktkonforme Ordnungspolitik sowie institutionelle Reformen (Landrechte, Kredite, Beratung, Marktzugang). Umstritten und nicht pauschal beantwortbar ist, ob und in welchem Umfang zumindest die Fähigkeit zu nationaler Selbstversorgung anzustreben ist.

Nicht weniger wichtig ist die Nachfrageseite, also der Zugang zu Nahrungsmitteln über Subsistenzwirtschaft oder ausreichende Kaufkraft und die Sicherung einer weltweit gerechten Verteilung. Den wichtigsten Beitrag dazu leistet eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit mit ausreichenden Einkommen schafft. Die trotzdem oft notwendige Unterstützung der Armen sollte über Ernährungsprogramme, investive „food-for-work“-Maßnahmen und notfalls Bezugsscheine für Nahrungsmittel erfolgen, nicht aber über eine Niedrigpreispolitik, die fast immer zu einem Rückgang der Produktion führt.

Nachhaltige Nahrungssicherung erfordert schließlich auch eine umweltverträgliche Agrarentwicklung, welche die natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Artenvielfalt) und bewährte Agrokulturen nicht um kurzfristiger Vorteile willen so schädigt, daß künftigen Generationen die Nahrungsgrundlage entzogen wird. Da zwischen kurz- und langfristigen, sozialen und ökologischen, lokalen und globalen Erfordernissen vielfältige Zielkonflikte bestehen, braucht es eine vorausschauende Politik sowie internationale Zusammenarbeit und Solidarität. Dabei muß die Ernährungssicherheit immer Vorrang vor Weltmarktöffnung, Schuldendienst oder kommerziellen Interessen haben.

Die Industrieländer sollten diese Ziele unterstützen, indem sie ihren Agrarprotektionismus abbauen und selbst eine nachhaltige Landwirtschaft betreiben. Nur sie verfügen auch über die nötigen technologischen und finanziellen Mittel für die immer wichtiger werdende Agrarforschung und für die Bereitstellung ausreichender Nahrungsvorräte. Nahrungsmittelhilfe sollte stets möglichst bald durch produktionsfördernde Agrarhilfe ersetzt werden. Aber auch Verhaltensänderungen im Bereich der Ernährung, etwa eine fleischärmere Diät, könnten zunehmend wichtig werden, um eine gerechte globale Verteilung längerfristig knapper und damit teurerer Nahrungsmittel zu ermöglichen. Die Fastenaktion von Misereor im kommenden Jahr, die unter dem Thema „Brich dem Hungrigen dein Brot“ steht, ist eine gute Gelegenheit, um das Bewußtsein für diese Problemlage zu schärfen.

Johannes Müller SJ